



Niederschrift

16-038. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 18.06.2010, 08:05 Uhr bis 10:30 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in
Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Kreises
Bergstraße für die Schuljahre 2010/11 bis 2015/16
Vorlage: 16-1803
- Punkt 2 Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH - Sicherung und nach-
haltige Entwicklung des Krankenhausstandorts und der station-
ären Versorgung im Kreis Bergstraße
Vorlage: 16-1802
- Punkt 3 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Gebäude-
wirtschaft Kreis Bergstraße
Vorlage: 16-1723
- Punkt 4 K206, Sanierung Stützwand in der OD Lindenfels;
hier: vorübergehende überplanmäßige Aufwendung
Vorlage: 16-1772
- Punkt 5 Übertragung von Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungs-
aufgaben an Kreisstraßen des Kreises Bergstraße;
hier: Abfrage einer möglichen Aufgabenübernahme durch die
Kommunen
Vorlage: 16-1775
- Punkt 6 Beteiligungsbericht 2010
Vorlage: 16-1774
- Punkt 7 Weiterentwicklung des Solar- und Energie-Beratungszentrums
Bergstraße zur Energieagentur
Vorlage: 16-1784
- Punkt 8 Einrichtung eines Zentralen Forderungsmanagements - Bericht
zur Umsetzung
Vorlage: 16-1813
- Punkt 9 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 16-1819/1
- Punkt 10 Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr
2010
Vorlage: 16-1816

- Punkt 11 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 12. April 2010 betreffend Haushalt 2010 - Konsequenzen ziehen, um Zukunft zu gestalten
Vorlage: 16-1748
- Punkt 12 Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 12. April 2010 an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zum Thema "Entwicklung der Personalkosten und Umsetzung der Auflagen des Regierungspräsidiums" und Beantwortung der Fragen
Vorlagen: 16-1752 und 16-1752/1
- Punkt 13 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: KFW Kredit Kreis Bergstraße 2009
Vorlage: 16-1831

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Schneider, Gottfried CDU

Ausschussmitglieder:

Dörr, Ilona CDU
Kunkel, Joachim CDU
Metzger, Gisela CDU
Wondrejz, Horst CDU in Vertretung für Oliver Roeder
Fiedler, Josef SPD
Hartmann, Karin SPD
Herbert, Gerhard SPD
Kaltwasser, Jürgen SPD
Ruoff, Jochen GRÜNE
Dr. Greif, Martin FWG (ab zeitweise TOP 1)
von Hunnius, Roland FDP

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter REP in Vertretung für Haymo Hoch

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias CDU Landrat (bis 8.45 Uhr; zeitweise TOP 2)
Metz, Thomas CDU Erster Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin Finanz- und Rechnungswesen
Michel, Christina Controlling
Mai, Sigrid Zentrales Forderungsmanagement (bis TOP 8)
Ahlheim, Klaus Personalmanagement (ab TOP 8)
Scheller, Jörg Personalmanagement (ab TOP 8)

Schriftführer:

Fasser, Helmut Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Schneider eröffnete um 08:05 Uhr die 16-038. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben, ebenso nicht gegen die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wegen terminlicher Verpflichtungen des Landrats durch Vorziehen von Punkt 7 der Einladung als Punkt 1.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11 bis 2015/16 Vorlage: 16-1803

Ausschussvorsitzender Schneider wies darauf hin, dass der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss sich auf finanzielle Aspekte der Schulentwicklungsplanung beschränken solle, da die Beratung der schulfachlichen Inhalte bereits im Fachausschuss erfolgt sei. Landrat Wilkes berichtete über die Beratungen des Ausschusses für Schule und Soziales, in erster Linie konzentriert auf rein schulische Belange, da im Gegensatz zu der letzten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes die schulischen Liegenschaften inzwischen in der Zuständigkeit des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft lägen. Konkrete Vorschläge und Wünsche für Neu- und Zubauten gebe es keine, ebenso nicht in Bezug auf besondere Ausstattungen usw. Wunsch des Ausschusses sei es aber, dass auch die aktualisierte Prioritätenliste des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft in die Beschlussfassung über den Schulentwicklungsplan eingebunden werde. Die Einführung von Mittelstufenschulen erfordere insgesamt auf den Kreis bezogen betrachtet keinen zusätzlichen Raumbedarf, es sei denn, es komme zu anderen Schwerpunktsetzungen. Ob und inwieweit die Inklusion bauliche Investitionen erfordere, sei wegen des vom Kreis propagierten Elternwillens und der Einzelfallentscheidungen des Staatlichen Schulamtes nur schwer abzuschätzen.

Seitens der SPD-Mitglieder (Abgeordneter Kaltwasser) wurde Stimmenthaltung signalisiert, weil man die vorliegenden Unterlagen der Projektgruppe Bildung und Region eher als Entscheidungsgrundlagen denn als fertigen Plan sehe, aus denen erst konkrete Schlussfolgerungen gezogen werden müssten.

Der Ausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt gemäß § 145 i.V.m. 146 HSchG dem vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11-2015/16 Teil I und II mit den in der Vorlage 16-1803 aufgeführten genehmigungspflichtigen Maßnahmen Punkt 1-5 zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt gemäß § 145 i.V.m. 146 HSchG den vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11-2015/16 Teil I und II sowie vorbehaltlich der Zustimmung des Hessischen Kul-

tusministeriums gemäß § 146 die in der Beschlussvorlage aufgeführten genehmigungspflichtigen Maßnahmen Punkt 1-5. Weiterhin beauftragt der Kreistag die Verwaltung die Zustimmung des Kultusministeriums zum Schulentwicklungsplan einzuholen."

Abstimmungsergebnis:

7 Jastimmen, 5 Stimmenthaltungen.

Punkt 2: Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH - Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße Vorlage: 16-1802

Die Vorlage wurde angesichts des darin genannten Investitionsstaus und der von mehreren Ausschussmitgliedern als zu unbestimmt beschriebenen zu prüfenden Handlungsoptionen (Ziffer III/4 der Vorlage) kontrovers diskutiert.

Abgeordneter Kaltwasser sah den Kommentar in der heutigen Ausgabe des Bergsträßer Anzeigers als zutreffend. Er mutmaßte überdies, dass mit der Vorlage Zeit gewonnen werden solle bis nach der Kommunalwahl im nächsten Jahr. Zu einem Verkauf des Kreiskrankenhauses dürfe es aber nicht kommen, weshalb man allein schon aus diesem Grund den Beschlussvorschlag nicht mittragen könne.

Abgeordneter Ruoff sah den Inhalt der Vorlage als nicht dem entsprechend, was der Kreistag im Dezember letzten Jahres gefordert habe, und eher als nichtssagend und teilweise peinlich, weshalb man auch die Überstellung der Angelegenheit von Tagesordnung 1 auf Tagesordnung 2 der Kreistagssitzung am Montag beantragen werde. Auch seitens der Grünen habe man das Gefühl, es solle "auf Zeit gespielt" werden. Einen Teil der Problematik sehe man auch darin, dass der nach dem Gesetz für das Krankenhauswesen im Kreis zuständige Dezernent gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der "im Wettbewerb" mit den anderen Krankenhäusern im Kreis stehenden Kreiskrankenhaus gGmbH sei.

Abgeordneter Dr. Greif sah kritisch, dass nach den vielen Untersuchungen und Gutachten der Vergangenheit erneut Geld für weitere Prüfungen ausgegeben werden solle. Es gab dabei auch seiner Erwartung Ausdruck, dass auch das Kreiskrankenhaus selbst nach den Turbulenzen Ende des letzten Jahres seine Hausaufgaben mache.

Erster Kreisbeigeordneter Metz warnte angesichts der Bedeutung einer guten medizinischen Versorgung als Standortfaktor davor, übereilt politische Entscheidungen hinsichtlich des Kreiskrankenhauses zu treffen. Der Kreis habe zwar einerseits einen gesetzlichen Sicherstellungsauftrag, andererseits aber keinerlei direkte und steuernde Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung der Krankenhauslandschaft im Kreis und in der Region. Es sollte deshalb ein neuer Weg beschritten und weniger politisch agiert als ergebnisoffen, transparent, umfassend und strukturiert fachlich und sachlich sowohl in Interesse der medizinisch-stationären Versorgung der Bevölkerung als auch im Interesse des Kreiskrankenhauses selbst verschiedene Handlungsoptionen geprüft werden. Deshalb auch der ehrgeizige Plan, bis 2011 zu konkreten Ergebnissen zu kommen, und dazu bedürfe es zusätzlichen externen begleitenden Sachverständes, nicht aber eines neuen Gutachtens. Dies sei auch so in das Kreiskrankenhaus hinein und in den Krankenhausgremien kommuniziert worden und deshalb sei auch das Bergsträßer Krankenhausforum initiiert wor-

den, das sich als sinnvoll erwiesen und die herrschende Sprachlosigkeit der letzten Jahre beendet habe. Medizinischer Sachverstand an einem Tisch unter externer Moderation zeige mittlerweile Ergebnisse, wie die gemeinsame Grundsatzklärung oder die gemeinsame Krankenpflegeschule in Bensheim zeige.

Kaum ein Bereich sei weniger für taktische Überlegungen geeignet als der Krankenhausbereich, weshalb auch eine weitere Kooperation mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und den dortigen Kreiskrankenhäusern in den Blick genommen sei.

Im Hinblick auf den in der Vorlage genannten Investitionsbedarf und die hierfür erwarteten Zuwendungen aus der Krankenhausfinanzierung des Landes seien im Kreiskrankenhaus bereits seit zwei Jahren konkrete und intensive medizinische und bauliche Entwicklungsplanungen betrieben worden, mündend in Förderanträge. Ob, wann und in welcher Höhe das Land aber letztlich Mittel zur Verfügung stelle und wie hoch dann die Beteiligung des Kreises als Träger ausfalle, könne heute nicht gesagt werden. Die Kreisgremien würden sich zu gegebener Zeit damit befassen müssen.

Der Ausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, gemäß Ziffer II und III der Vorlage 16-1802 weitere Schritte einzuleiten und im Jahre 2011 einen Vorschlag zur weiteren strategischen Ausrichtung des Kreiskrankenhauses vorzulegen sowie über den Stand der Abstimmung im Bergsträßer Krankenhausforum zu berichten."

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen, 5 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

Punkt 3: Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße Vorlage: 16-1723

Die Vorlage wurde aufgrund eines Hinweises aus dem Regierungspräsidium Darmstadt, dass die Satzungsänderung entbehrlich sei, zurückgezogen. Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Punkt 4: K206, Sanierung Stützwand in der OD Lindenfels; hier: vorübergehende überplanmäßige Aufwendung Vorlage: 16-1772

Der in der Verwaltungsvorlage unterbreitete Deckungsvorschlag (Heranziehung von zu erwartenden Einsparungen bei veranschlagten Ausgaben) wurde zwar als inhaltlich und in der politischen Bewertung problematisch diskutiert (Abgeordneter Ruoff u. a.), letztlich aber als rechtlich in Ordnung (Gesamtdeckungsprinzip) bezeichnet.

wie alle notwendigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Beendigung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zu veranlassen und die Integration in die WFB gemeinsam mit deren Geschäftsführer vorzubereiten und durchzuführen sowie den Mietvertrag für die derzeitigen Räumlichkeiten des SEBZ fristgerecht zum Jahresende 2010 zu kündigen. Bis zum 31.12.2010 besteht die bisherige Finanzierungspflicht des Kreises Bergstraße und der Stadt Heppenheim fort.

3.

Die WFB wird von der kommunalen Arbeitsgemeinschaft beauftragt, mit allen Mitarbeitern des SEBZ unter Berücksichtigung der neuen Anforderungen in Verhandlung zu treten, um diese unter Wahrung ihrer bisher erworbenen finanziellen Besitzstände bei der WFB zu beschäftigen. Die WFB übernimmt ab dem 01.07.2010 sämtliche Rechte und Pflichten der kommunalen Arbeitsgemeinschaft, auch zuschuss- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen.

4.

Die derzeitige finanzielle Beteiligung des Kreises Bergstraße sowie der Stadt Heppenheim an der kommunalen Arbeitsgemeinschaft wird ab 01.01.2011 zunächst um mindestens 25% gegenüber dem derzeitigen Aufwand reduziert.

5.

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH soll eine einheitliche Beteiligung aller Städte und Gemeinden an der neuen Energieagentur unter Berücksichtigung der schwierigen Haushaltslage der Städte und Gemeinden ab 01.01.2011 anstreben. Ab dem 01.07.2010 werden die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen der kommunalen Arbeitsgemeinschaft 1:1 durch Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH übernommen.

6.

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die in der Erläuterung beschriebene strategische Zielsetzung effizient im Sinne des Kreises Bergstraße sowie der Städte und Gemeinden des Kreises umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 8: Einrichtung eines Zentralen Forderungsmanagements - Bericht zur Umsetzung Vorlage: 16-1813

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-1813 und dem Bericht zur Umsetzung der Einrichtung eines Zentralen Forderungsmanagements Kenntnis genommen.

Verwaltungsseits wurden Verständnisfragen aus der Mitte des Ausschusses beantwortet.

Punkt 9: Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 Vorlage: 16-1819/1

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-1819/1 Kenntnis genommen.

